

## Industriepolitik

### Wer ein starkes Industrieland will, darf seine Industrie nicht schwächen

Mit einer hohen nationalen EEG-Umlage, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit belastet, sind energieintensive Prozesse wie die Herstellung und Bearbeitung von Metallen in Deutschland kaum mehr darstellbar, erklärte der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM), Oliver Bell anlässlich eines Branchentreffs in Düsseldorf.

*Fortsetzung auf Seite 2*

## Energie

### Deutschland braucht echte EEG-Reform

Für die Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID) greifen die bisherigen Ergebnisse für eine EEG-Reform aus den Koalitionsverhandlungen viel zu kurz. Laut EID-Sprecher Utz Tillmann haben Union und SPD bislang vor Maßnahmen zur spürbaren Kostensenkung bei der Energiewende zurückgeschreckt. Tillmann, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI), sagte: „Die Koalitionäre gehen die notwendige EEG-Reform nur halbherzig an.“

*Fortsetzung auf Seite 2*

## REACH

### Keine Stigmatisierung von Chemikalien

Über die Auswirkungen der Stoffpolitik auf die Industriepolitik der EU diskutierten Politiker, Industrievertreter und Umweltschützer am 13. November in Berlin. Die Diskussion über Zielkonflikte, Herausforderungen, Risiken und Chancen von REACH fand auf Einladung der Unternehmensinitiative Metalle pro Klima in Kooperation mit der Deutschlandredaktion des europapolitischen Portals EurActiv und dem Nickel Institute statt.

*Fortsetzung auf Seite 3*

## Konjunktur

### NE-Metallindustrie will Niveau von 2012 halten

Die Gesamtproduktion der deutschen NE-Metallindustrie wird sich 2013 trotz anhaltender Probleme im Euro-Raum und eines unklaren politischen Rahmens auf dem Niveau des Vorjahres halten. „Auf den einzelnen Stufen der Wertschöpfung gibt es unterschiedliche Entwicklungen“, erklärte der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle, Oliver Bell, anlässlich eines Branchentreffs in Düsseldorf.

*Fortsetzung auf Seite 3*

# METALS MEET POLITICS

Ein industriepolitischer Dialog mit Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu den Themen

- Risikowahrnehmung aus Sicht von Industrie und Gesellschaft
- Deutschland und Europa – Wohin des Weges?
- Leitvorstellungen von Politik und Gesellschaft zur gesellschaftlichen Orientierung

4. Dezember 2013  
18.30 Uhr  
Römischer Hof, Unter den Linden 10  
10117 Berlin  
Details zu Programm und Anmeldung auf Seite 4

Energie

## Wer ein starkes Industrieland will, darf seine Industrie nicht schwächen

Mit einer hohen nationalen EEG-Umlage, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit belastet, sind energieintensive Prozesse wie die Herstellung und Bearbeitung von Metallen in Deutschland kaum mehr darstellbar, erklärte der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM), Oliver Bell anlässlich eines Branchentreffs in Düsseldorf. Die bisher bekannt gewordenen Pläne der künftigen Regierungskoalition in Berlin zur weiteren Umsetzung der Energiewende und der angekündigten Reform des Erneuerbare Energien-Gesetzes (EEG) seien nicht geeignet, das Vertrauen der Industrie in eine verlässliche Energie- und Wirtschaftspolitik zu stärken. Bell appellierte an die Verhandlungsgruppen, intensiv über Lösungsansätze nachzudenken, die über kleine Korrekturschritte hinausgehen. „Wir erwarten, dass die Politik ein klares Signal an Industrie und Verbraucher aussendet, eine umfassende Reform des EEG anzugehen“, sagte Bell. „Es ist vollkommen unabdingbar, dass die Entlastungen für die im internationalen Wettbewerb stehenden, energieintensiven Unternehmen ungekürzt weiterbestehen bleiben“, sagte Bell weiter. Die Zukunft der erneuerbaren Energien in Deutschland werde nicht durch Umverteilung stetig steigender Kosten gesichert, sondern nur durch strukturelle Reformen, die die neuen Technologien schneller marktfähig machen. Ohne Entlastungsregeln würden sich die Strompreise für besonders energieintensive Industrien mehr als verdoppeln und in Extremfällen bis zu zwei Drittel der Erlöse beanspruchen. Erschreckend sei die Spirale der fortschreitenden Belastungsaddition: Zum EEG hinzu kommen die Strom- und Energiesteuer, der europäische Emissionshandel, Kosten für den regulierten Netzzugang, die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, die Offshore-Windnutzung und künftig möglicherweise noch eine Prämie für Kohle- und Erdgaskraftwerke. „Auch für Unternehmen mit mittlerer Stromintensität sind zumindest spürbare Teilentlastungen unverzichtbar“, erklärte Bell. Die Belastung der energieintensiven Unternehmen mit energiebezogenen Abgaben und Steuern sei nicht nur ein akutes Problem für die laufende Geschäftstätigkeit, ergänzte der Hauptgeschäftsführer der WVM, Martin Kneer. Den Unternehmen fehle zunehmend das Kapital für dringend benötigte Investitionen in neue Anlagen und in Zukunftsfelder wie die Prozessoptimierung und die digitale Vernetzung mit den Partnern in den Schlüsselindustrien. Es sei ein Alarmsignal, wenn die Investitionen unter das Niveau der Abschreibungen fallen. Die energieintensive Industrie in Deutschland laufe zunehmend Gefahr, von der Substanz zu leben. Damit steigen die Risiken für Wettbewerbsfähigkeit, Exportstärke und Arbeitsplätze.



Ansprechpartner in der WVM: Martin Kneer, Tel.: +49 30 726207-100, E-Mail: [info@wvmetalle.de](mailto:info@wvmetalle.de)

Energie

## Energieintensive Industrien: Deutschland braucht eine echte EEG-Reform

Für die Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID) greifen die bisherigen Ergebnisse für eine EEG-Reform aus den Koalitionsverhandlungen viel zu kurz. Laut EID-Sprecher Utz Tillmann haben Union und SPD bislang vor Maßnahmen zur spürbaren Kostensenkung bei der Energiewende zurückgeschreckt. Tillmann, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI), sagte: „Die Koalitionäre gehen die notwendige EEG-Reform nur halbherzig an. Dies kann sich unser Industrieland nicht leisten. Die Koalitionäre müssen jetzt die Systemfehler an der Wurzel packen. Dazu gehört, die Geschwindigkeit der Energiewende zu drosseln, die Ausbauziele realistisch zu gestalten und die erneuerbaren Energien unverzüglich an den Markt zu führen.“ Einen Ausbau um jeden Preis dürfe es nicht mehr geben, so Tillmann. Bei diesen Punkten gebe es Defizite, die bis zum Abschluss des Koalitionsvertrags behoben werden müssten. Hans Jürgen Kerkhoff, EID-Sprecher und Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, drückte seine Sorge vor einer Zunahme der Belastungen für energieintensive Unternehmen aus. Er sagte: „Wir bemerken derzeit eine bedenkliche Tendenz, die finanzielle Belastung für die Industrie zu erhöhen. Einschränkungen bei den Entlastungsregeln für energieintensive Betriebe bedrohen aber deren Wettbewerbsfähigkeit. Die Investitionssicherheit für erneuerbare Energien wird mit einer wachsenden Unsicherheit für die Investitionen der Grund- und Werkstoffindustrien erkaufte. Wir fordern von der Politik eine klare Zusage, sich für den Erhalt von industriellen Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätzen in Deutschland stark zu machen.“ Kerkhoff kritisierte zudem, dass die bisherigen Koalitionsverhandlungen die europäische Energiepolitik vollständig ignoriert hätten. Er sagte: „Union und SPD wollen das deutsche EEG mit dem EU-Recht vereinbaren. Die rechtliche Absicherung ist wichtig, aber nur die halbe Miete. Die Politik sollte stattdessen die Chance nutzen, die Energiewende in eine europäische Perspektive zu stellen. Dabei müssen wir beachten, dass deutsche Unternehmen auch im europäischen Wettbewerb stehen. Dieser darf nicht durch eine rein nationale Kostenbelastung wie durch das EEG verzerrt werden.“



Ansprechpartner in der WVM: Dr. Michael Niese, Tel.: +49 30 726207-1182, E-Mail: [Niese@wvmetalle.de](mailto:Niese@wvmetalle.de)

## REACH

### Keine Stigmatisierung von Chemikalien

Über die Auswirkungen der Stoffpolitik auf die Industriepolitik der EU diskutierten Politiker, Industrievertreter und Umweltschützer am 13. November in Berlin. Die Diskussion über Zielkonflikte, Herausforderungen, Risiken und Chancen von REACH fand auf Einladung der Unternehmensinitiative Metalle pro Klima im Rahmen des Europäischen Industrie-Dialogs Brüssel-Berlin in Kooperation mit der Deutschland-Redaktion des europapolitischen Portals EurActiv und dem Nickel Institute statt. Deutschland will neben der Energie- und Klimapolitik auch in der Chemikalienpolitik eine Vorreiterrolle einnehmen.

Wie die moderne europäische Industriegesellschaft im Zusammenwirken mit Politik, Wissenschaft und Industrie zahlreiche Zielkonflikte aufzeigen und Lösungen erarbeiten kann, diskutierten u.a. Dr. Matthias Heider (MdB, CDU, Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit), MinR Alexander Nies (Bundesumweltministerium), Dirk Jepsen (Ökopoll) sowie Dr. Martin Wieseke (Wirtschaftsvereinigung Metalle WVM). Ausführliche Informationen zur Veranstaltung finden Sie unter [www.metalleproklima.de](http://www.metalleproklima.de).

Ansprechpartnerin in der WVM: Dorothea Steiger, Tel.: +49 30 726207-138, E-Mail: [Steiger@wvmetalle.de](mailto:Steiger@wvmetalle.de)



## Konjunktur

### Metallindustrie: Niveau von 2012 halten

Die Gesamtproduktion der deutschen NE-Metallindustrie wird sich 2013 trotz anhaltender Probleme im Euro-Raum und eines unklaren politischen Rahmens auf dem Niveau des Vorjahres halten. „Auf den einzelnen Stufen der Wertschöpfung gibt es unterschiedliche Entwicklungen“, erklärte der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle, Oliver Bell, anlässlich eines Branchentreffens in Düsseldorf. Im ersten Halbjahr lag die Gesamtproduktion der deutschen NE-Metallindustrie stabil bei

rund 4 Millionen Tonnen. Davon entfielen knapp 550.000 Tonnen auf die primäre und sekundäre Erzeugung von Aluminium, rund 368.000 Tonnen auf Kupfer und Kupfergusslieferungen sowie 309.000 Tonnen auf Zink, Blei, Zinn und deren Legierungen. Auf der ersten Bearbeitungsstufe - den Halbzeugen - gab es einen leichten Zuwachs um ein Prozent auf rund 2,1 Millionen Tonnen. Der Metallguss verzeichnete einen Rückgang auf gut 461.000 Tonnen. Die Verarbeitung von Aluminium zu Folien und Bändern, Tuben sowie Metallpulver stieg leicht auf rund 175.000 Tonnen. Bei einer Gesamtexportquote von 43 Prozent entfielen knapp zwei Drittel der Ausfuhren auf Länder des Euro-Raums. „Wir haben ein vitales Interesse daran, dass es Europa gut geht und die richtigen Leitplanken für die konjunkturelle Entwicklung gesetzt werden,“ sagte der WVM-Präsident. Die Konjunktur in wichtigen Absatzmärkten wie Italien und Spanien habe die Talsohle durchschritten. Insgesamt seien die Impulse aus dem Ausland aber noch zu schwach, um für eine durchgreifende Trendumkehr zu sorgen. Nach Bells Auffassung helle sich die Perspektive leicht auf und erlaube eine leicht positive Prognose für die Gesamtbranche. Die deutsche Aluminiumindustrie konnte ihre Produktion im ersten Halbjahr 2013 in vielen Bereichen ausdehnen. Im ersten Halbjahr 2013 übertrafen die Erzeuger von Rohaluminium und auch die Aluminiumhalbzeugindustrie ihre Produktion im entsprechenden Vorjahreshalbjahr um jeweils drei Prozent. Aufgrund der gestiegenen Inlandsproduktion konnte die Abhängigkeit von Metallimporten reduziert werden. Hohe Energiekosten im Inland und ein deutlich gesunkenes Preisniveau für Aluminium auf den internationalen Märkten verschärften die Risiken für die inländischen Aluminiumhütten deutlich. Die deutsche Buntmetallindustrie belebte sich im zweiten Quartal 2013 spürbar im Vergleich zum Vorquartal und lag damit wieder annähernd auf dem Niveau des ersten Quartals 2012. Sowohl Metallerzeuger als auch die Hersteller von Halbzeug verzeichneten dagegen im ersten Halbjahr jeweils ein Minus in Höhe von zwei Prozent. Die Produktion der NE-Metallgießereien sank in den ersten sechs Monaten 2013 um acht Prozent. Die Abrufe, insbesondere aus der Fahrzeugbauzulieferung, variieren erheblich und erfolgen kurzfristig. Dies erschwert auch eine Prognose für den weiteren Jahresverlauf. Ein Nachfrageeinbruch, wie im vergangenen Jahr nach den Werksferien der Automobilhersteller, zeichnet sich aktuell jedoch nicht ab. „Wir bleiben grundsätzlich optimistisch. Aktuell beurteilen 70 Prozent der Befragten aus der NE-Metallindustrie ihre Geschäftslage als gut oder saisonüblich. Die Geschäftserwartungen auf Sicht von sechs Monaten haben sich leicht verbessert – über 85 Prozent sehen günstigere oder gleiche Geschäfte. Für 2013 erwartet die Branche ein ähnliches Produktionsniveau wie 2012“, so Bell weiter zu den Konjunktüreinschätzungen für das laufende Jahr. Auch die Beschäftigungssituation der Branche ist stabil. Mit 108.757 Stellen lag die Zahl der Arbeitsplätze im ersten Quartal 2013 um einige Hundert über dem Wert des Vorjahreszeitraumes.

Ansprechpartner in der WVM: Oliver Eisenberg, Tel.: +49 30 726207-167, E-Mail: [Eisenberg@wvmetalle.de](mailto:Eisenberg@wvmetalle.de)



**METALS  
MEET  
POLITICS**

**4. Dezember 2013 / 18.30 Uhr**  
Römischer Hof / Unter den Linden 10, 10117 Berlin  
(Haupteingänge über Charlottenstraße)

# PROGRAMM

---

**Key Note: Prof. Dr. Gerd Gigerenzer, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung:**  
„Risikowahrnehmung aus Sicht von Industrie und Gesellschaft“

**NACHGEFRAGT**

Prof. Dr. Gerd Gigerenzer im Dialog mit Tim Aiken, Präsident Nickel Institute

---

**Key Note: Reinhard Bütikofer, Mitglied des Europäischen Parlaments:**  
„Deutschland und Europa – Wohin des Weges?“

**NACHGEFRAGT**

MdEP Reinhard Bütikofer im Dialog mit Oliver Bell, WVM-Präsident

---

**Key Note: Prof. Franz Walter, Leiter des Instituts für Demokratieforschung:**  
„Leitvorstellungen von Politik und Unternehmern  
zur gesellschaftspolitischen Orientierung“

**NACHGEFRAGT**

Prof. Franz Walter im Dialog mit Martin Kneer, WVM-Hauptgeschäftsführer

---

**Dinner und weiterführende Gespräche**

---

---

**Anmeldung**

Wir bitten um Antwort bis 27. November 2013  
per E-Mail an [metals.meet.politics@metalleproklima.de](mailto:metals.meet.politics@metalleproklima.de)

**Veranstalter und Organisation**

Metalle pro Klima in der Wirtschaftsvereinigung Metalle  
Tel.: +49 30 7262 07-102 / E-Mail: [dillenber@wvmetalle.de](mailto:dillenber@wvmetalle.de)